

Von: Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V., Bayern Allianz für Atomausstieg und Klimaschutz, Freunde von Prokon e.V., Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse, Sonnenernte e.V. Ketsch, E-W-Nord, SolarLokal Kirchhorst, Mittelhessische Energiegenossenschaft, Regionalgruppe Mainz des Versöhnungsbundes, BürgerInneninitiative Umweltschutz Uelzen, BI CO2-Endlager stoppen - –Umwelt schützen, e.V.,

Gemeinsame Pressemitteilung

Aufbruch statt Angst!

Mit einer „Mauer des Schweigens und der Verdrängung“ wird das Thema Klimaschutz umgeben und so aus dem BT-Wahlkampf herausgehalten, stellt Prof. Schellnhuber, Leiter des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung und Mit-Initiator der Aktion „Generationen-Manifest“ zutreffend fest.

„Wirbelsturm nein danke“ kann man nicht rufen. Um den Klimawandel zu begrenzen, sind konstruktive Anstrengungen nötig: Aufbau einer völlig neuen Art der Erzeugung und des Umgangs mit Energie. Das wird nicht gelingen können, ohne dass das gesellschaftliche Wertesystem und auch soziale Strukturen Änderungen erfahren, die möglicherweise tiefgreifend sind.

Wie dieser Prozess im Einzelnen aussehen wird, lässt sich nicht vorhersagen. Doch wie kürzlich die Emnid-Umfrage zur Akzeptanz der Energiewende wieder zeigte: 71% der Bevölkerung sind bereit dafür. - Die Mehrheit der Bevölkerung ist wesentlich weiter als die meisten wahlkämpfenden Politiker!

Während die AfD wie Donald Trump den menschengemachten Klimawandel leugnet und die Energiewende zum sinnlosen Unterfangen deklariert, die FDP die Energiewende dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen will, positionieren sich CDU/CSU und SPD im Feld der Halbheiten. Nach außen „Klimakanzlerin“, nach innen: Kohleverstromung, Verbrennungsmotor – alles bleibt erhalten, kein Grund zur Beunruhigung!

Dem gegenüber haben Die GRÜNEN dem Klimaschutz den Platz Nr. 1 in ihrem Wahlprogramm eingeräumt. Die LINKEN kritisierten ebenfalls das Fehlen des Klimaschutzes im Kanzlerduell und haben in ihrer Programmatik viele gute Aussagen.

Obwohl beide Parteien - Grüne beim Braunkohleabbau in NRW und die Linke vor allem in Brandenburg - auf Landesebene nicht das umgesetzt haben, was sie im Bundestagswahlprogramm zur Klimapolitik versprechen und fordern - sehen wir in den Grünen und den Linken auf Bundesebene verlässliche Bündnispartner in unserem Einsatz für Erneuerbare Energie in Bürgerhand.

Wir sprechen uns nicht für eine einzelne Partei aus, geben aber zu bedenken, dass ohne Grüne und Linke im Bundestag kein Fortschritt in Richtung Erneuerbarer Energie zu erwarten ist.

Wer 100 Prozent Erneuerbare Energie will, kann CDU/CSU, SPD und FDP oder gar AfD nicht wählen.